

Johannes-Maria Lex

Von: INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE [informationsdienst@plattform-educare.org]
Gesendet: Sonntag, 05. Dezember 2010 19:15
An: helmut.brandstaetter@kurier.at; michael.prueller@diepresse.com; info@managementclub.at; sigrid.wilhelm@bmukk.gv.at; martin.fritzl@diepresse.com; debatte@diepresse.com; bauer.presse@oear.or.at
Betreff: Sammelmeldung 06.12.2010 - mit Aussendung der Plattform EduCare zum PISA-Test & Aufruf zur E-Mail-Unterstützung zur Beschlussfassung eines Qualitätssicherungsgesetzes für elementare Bildungseinrichtung

Plattform EduCare
elementare und außerschulische Bildung
Informationsdienst
<http://www.Plattform-EduCare.org>
informationsdienst@Plattform-EduCare.org

**ÜBERSICHT ÜBER DIE THEMEN DIESER AUSSENDUNG
DES INFORMATIONSDIENSTES
VOM 05.12.2010 19:14:39**

**Alle Aussendungen des Informationsdienstes der Plattform
EduCare können Sie auch im Internet nachschlagen:
<http://www.plattform-educare.org/Informationsdienst.htm>**

[PRESSE-AUSSENDUNG UND AUFRUF ZUR UNTERSTÜTZUNG](#)

[Presse-Aussendung: PISA beginnt im Kindergarten](#)

[SCHREIBEN SIE EINE E-MAIL AN UNSERE POLITIKER/INNEN: FÜR EIN
QUALITÄTSSICHERUNGSGESETZ FÜR ELEMENTARPÄDAGOGISCHE EINRICHTUNGEN](#)

[MEINUNG](#)

[Bildung ohne Zukunft - Die Regierungsparteien wollen nicht, dass unsere Kinder mehr lernen.](#)

[Zukunftsvernichtung im Namen unserer Kinder](#)

[Bundespolitik? Gibt es nicht.](#)

[TOP-THEMA](#)

[Integrationshaus wird Haftanstalt - Auf dem Simmeringer "Macondo"-Gelände sollen künftig Familien auf ihre Abschiebung warten - Verlassen dürfen sie das Haus nicht, das Ministerium spricht trotzdem von "Gelinderem Mittel"](#)

[Bereits über 113.000 ÖsterreicherInnen haben schon unterschrieben - Gegen Unrecht: Kinder gehören nicht ins Gefängnis!](#)

→ Hier können auch Sie ein Zeichen setzen: <http://www.gegen-unrecht.at/index.php>

[ZUR DISKUSSION](#)

[Schulverwaltung NEU - Das mc-Modell](#)

[PÄDAGOGEN/INNEN-AUSBILDUNG NEU](#)

[Streit über weitreichendes Konzept](#)

[Schule sucht sich Lehrer aus „Zentrale Einwände“ ignoriert](#)
[Nicht „international anschlussfähig“](#)
[Billigeres Schulsystem?](#)
[Ambitionierter Zeitplan](#)
[Links](#)
[Stellungnahmen zur Elementarpädagogik](#)

[BILDUNGSANSTALTEN FÜR KINDERGARTENPÄDAGOGIK](#)

[Übersicht BAKIP's](#)
[Übersicht Aus- & Fortbildung an BAKIP's](#)

[BAKIP-LSI Tagung in Kärnten](#)

[Modeschule und BAKIP steht vor dem Aus: Lehrer kämpfen gegen Schließung](#)

[BILDUNG, BILDUNGSPLANUNG](#)

→ [Elementarpädagogische Datenbank](#)

[Zollitsch: Bildung braucht notwendig religiöses Wissen](#)

[BILDUNGSPOLITIK](#)

[Kindergärten, Schulen, Eltern gefordert](#)

[Karl: Endfassung des ÖVP-Bildungskonzept erst 2011](#)

[Bildungskonzept: ÖVP weiter gespalten zu Gesamtschule](#)

[ÖGB-Oberhauser: Nicht neue Barrieren in der Bildung aufbauen](#)

[BM:UKK / BM.W F](#)

[BM:UKK-Homepage](#)
[BMWF Homepage](#)

[Alle Informationen des bm:ukk und des bm.w f zur PädagogInnen-Ausbildung NEU](#)

[Karl: Nicht alle Lehrer benötigen Master](#)

[PISA-TEST 2009](#)

[Präsentation PISA 2009. Internationaler Vergleich von SchülerInnenleistungen](#)
[Was ist der PISA-Test wert?](#)
[Eine vorhersehbare österreichische Blamage](#)

[Bildungsministerin Claudia Schmied: Mehr Verantwortung am Schulstandort - Gesetzesnovellen gehen in Begutachtung](#)

[BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM](#)

[Gesetze Bundesländer](#)
[Bundeskanzleramt RIS Informationsangebote](#)
[Schafft den Bundesrat ab! Eine Institution, die bisher niemandem aufgefallen ist, würde auch niemandem abgehen.](#)
[Die blockierte Republik: Warum große Reformen bei uns scheitern](#)

[BURGENLAND](#)

[Meldungen: keine](#)

[KÄRNTEN](#)

[Meldungen: keine](#)

[NIEDERÖSTERREICH](#)

[Meldungen: keine](#)

[OBERÖSTERREICH](#)

[Meldungen:](#)
[Tagesmütter: Ex-Geschäftsführerin zahlt Strafe und bleibt unbescholten](#)

[SALZBURG](#)

[Meldungen:](#)
["Einhaltung von Verträgen muss von uns leider eingemahnt werden"](#)
[Der Geist der Vernunft](#)

[STEIERMARK](#)

[Meldungen: keine](#)

[TIROL](#)

[Meldungen: keine](#)

[VORARLBERG](#)

[Meldungen:](#)
[Positive Bilanz über IBK-Vorsitz gezogen](#)

[WIEN](#)

[Meldungen: keine](#)

[ELEMENTARPÄDAGOGIK](#)

[Förderungsmöglichkeiten](#)

[Ohne Reform der Elementarpädagogik wird sich an den Ergebnissen der PISA ...](#)

[Plattform EduCare unterstützt Bildungsvolksbegehren!](#)

[Qualitätsoffensive im Elementarbildungsbereich unverzichtbar.](#)

[→ Siehe auch: AUFRUF](#)

[ELTERN](#)

[Die Angst der Eltern vor dem Nikolaus](#)

[INKLUSION, INKLUSIVE PÄDAGOGIK, BEHINDERUNG](#)

[Novelle zum Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz – menschenverachtend! - Mit der Novelle zum Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz \(BGStG\), die mit 1. Jänner 2011 in Kraft treten soll, verabschiedet sich die Bundesregierung endgültig vom ambitionierten Vorhaben ihrer Vorgänger, Menschen mit Behinderungen Barrieren aus dem Weg räumen zu wollen.](#)

[Von der Integration zur Inklusion Mireille Meyer](#)

[PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULEN, UNIVERSITÄTEN](#)

[Übersicht](#)
[Inskription](#)

[Euregio: Zusammenarbeit in der Aus- und Fortbildung der Lehrpersonen](#)

[PARLAMENTSMELDUNGEN](#)

[Die Parlamentswoche vom 6. 12. - 10. 12. 2010](#)

[Montag, 6. Dezember](#)
[Freitag, 10. Dezember](#)

[PLATTFORM EDUCARE](#)

[Selbstverständnis](#)
[Forderungen](#)
[Mitglieder](#)
[Presse-Aussendungen](#)

[→ Siehe auch: AUFRUF](#)

[→ Siehe auch: <http://www.plattform-educare.org/Informationsdienst.htm#E-Mail-Aktion-Bundesrahmengesetz>](#)
[→ Siehe auch: <http://www.plattform-educare.org/Informationsdienst.htm#Schreiben>](#)

[SPRACHE, SPRACHENTWICKLUNG, SPRACHFÖRDERUNG](#)

[Deutsch als Schlüssel zur Bildung](#)

VERWALTUNGSREFORM[Sparpotenziale der Republik](#)["Thema verfehlt, Nicht genügend, setzen"](#)[Der Geist der Vernunft](#)IMPRESSUM UND HINWEISE

PRESSE-AUSSENDUNG UND AUFRUF ZUR UNTERSTÜTZUNG

Presse-Aussendung: PISA beginnt im Kindergarten

Plattform EduCare
 elementare und außerschulische Bildung
Informationsdienst
<http://www.Plattform-EduCare.org>
informationsdienst@Plattform-EduCare.org

PRESSEAUSENDUNG

“PISA” beginnt im Kindergarten.

Ohne Reform der Elementarpädagogik wird sich an den Ergebnissen der PISA-Studien nicht viel ändern.

Erster und wichtigster Ansatzpunkt für gelungene Bildung ist die *Elementarbildung*. Der elementare Bildungsbereich ist aber immer noch Stiefkind der Bildungspolitik.

Die bisher durchgesickerten Ergebnisse der neuesten PISA-Studie lassen neuerlich erschreckend erkennen, dass *unter den gegebenen Bedingungen* vielen Kindern – und zwar unabhängig von ihrer Herkunft, aber nicht unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund - (auch) grundlegende Bildungskompetenzen oft nicht vermittelt werden kann.

Im Sinne der Chancengerechtigkeit ist die Bundesregierung aufgerufen, neben dem quantitativen Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen auch eine *Qualitätsoffensive* in Angriff zu nehmen. Denn ohne Reform der Elementarpädagogik wird sich bei den Ergebnissen künftiger PISA-Studien nicht viel ändern.

Bildungskompetenz beginnt im Kindergarten

Es ist wissenschaftlich unbestritten, dass durch frühe Bildung im Kindergarten, Kindern jene Kompetenzen vermittelt werden, die für ihre zukünftige Bildungs- und Lebenslaufbahn im hohen Ausmaß *entscheidend* sind.

Wir wissen, dass frühe Bildung im Kindergarten allen Kindern Start-Vorteile verschafft - nicht nur jenen aus sozial benachteiligten Familien. Und wir wissen auch, dass der Kindergarten für Kinder aus sozial benachteiligten Familien oftmals die *einzigste* Chance für einen guten Start ins Leben ist.

Was im Kindergarten versäumt wird, ist in der Schule und im späteren Leben nur äußerst schwer, wenn überhaupt, gut zu machen. Oder volkswirtschaftlich ausgedrückt: geringe Bildung im Kindergarten schafft hohe Kosten für den Staat.

BildungsRahmenPlan kaum umsetzbar

Ein BildungsRahmenPlan für alle Kinder in elementaren Bildungs- und –betreuungseinrichtungen im Alter von 0 – 6 Jahren ist beschlossen und sollte in ganz Österreich umgesetzt werden. Die bloße Existenz eines BildungsRahmenplanes verändert die Realität in den Kindergärten nicht. Er muss auch umgesetzt werden.

Und das ist unter den derzeit herrschenden Bedingungen nur *sehr eingeschränkt* möglich.

Bedingungen haben sich grundlegend geändert

Die Bedingungen der pädagogischen Arbeit mit Kindern haben sich in den letzten Jahrzehnten radikal geändert, sodass die bisherigen Ausbildungsstrategien auch angesichts der vielfältigen Bemühungen der einzelnen Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik (BAKIP) als *nicht mehr als ausreichend* angesehen werden müssen.

Die *gemeinsame Ausbildung aller PädagogInnen*– vom Kindergarten über die Volksschule bis hin zu den so genannten Höheren Schulen - auf *tertiärem* Niveau ist daher eine der wichtigsten Forderungen.

Viele Baustellen

Auch wenn sich im Bereich der elementarpädagogischen Einrichtungen in den vergangenen Jahren viel bewegt hat: es steht nicht alles zum Besten in unseren Kindergärten.

Die wichtigsten Baustellen:

- uneinheitliche *Rahmenbedingungen für Eltern, Kinder und PädagogInnen* in den Bundesländern
- die *Gruppen* sind mit 25 Kindern zu groß;
- auf eine/n Pädagogin/en kommen zu *vielen* Kinder;
- die *Ausbildung* der PädagogInnen ist inadäquat (und der Berufseinstieg erfolgt zu früh);
- die *Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten* für die PädagogInnen sind unzureichend;
- die PädagogInnen haben viel zu *wenig Zeit* für alle Arbeiten, die außerhalb der unmittelbaren Arbeit mit den Kindern geleistet werden muss (Vor- und Nachbereitungszeit, Besprechungszeiten, Elterngespräche...);
- zu wenig *Beratung und Begleitung* für die PädagogInnen;
- die *Bezahlung* der Pädagoginnen ist zu schlecht;
- viele Kinder – und hier nicht „nur“ Kinder von Eltern mit migrantischen Hintergrund - haben *unzureichende Deutschkenntnisse*, die notwendigen sprachlichen Förderungen kommen zu kurz;
- eklatanter *Personalmangel*.

Qualitative Änderungen umsetzen

Die langjährigen Forderungen nach tiefgreifenden, effektiven und nachhaltigen Reformen im elementaren Bildungsbereich sind endlich umzusetzen, durch

- ein **Bundesrahmengesetz** mit einheitlichen Qualitätsstandards
- eine gemeinsame **Ausbildung** für alle pädagogischen Berufe auf tertiärem Niveau
- **Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen** für alle PädagogInnen, die auch den Anforderungen einer modernen, mehrsprachigen und multikulturellen Gesellschaft Rechnung tragen
- eine **höhere Bezahlung** wie sie der verantwortungsvollen Aufgabe entspricht.

Zum Wohl aller Kinder, die in Österreich wohnen, im Interesse deren Eltern und AlleinerzieherInnen, für positive Arbeits- und Lebensmöglichkeit der PädagogInnen - im Sinn der Zukunft unseres Landes sind dringend Änderungen im Elementarbildungswesen angesagt!

Rückfragen:



Mag.^a Dr.ⁱⁿ Heidemarie Lex-Nalis
 BAKIP-Direktorin i. R.
 Mitglied des Steuerteams der Plattform EduCare
 Mitglied der Initiative Kindergartenpädagogik NEU
 Telefon: +43 (664) 4634580
 E-Mail: Heide.Lex-Nalis@Plattform-EduCare.org

Siehe auch:

Forderungen der Plattform EduCare für ein **Bundesgesetz zur Qualitätssicherung** in den elementaren Bildungseinrichtungen:

<http://www.plattform-educare.org/bundesrahmengesetz.htm>

Initiativanträge von SPÖ und GRÜNEN zur Neuordnung der Rahmenbedingungen im Elementarbildungswesen: <http://www.plattform-educare.org/Kindergartengesetz%20gruene%20vs.%20spoe.htm>

PädagogInnen-Ausbildung NEU: <http://www.bmukk.gv.at/schulen/lehr/labneu/index.xml>

MACHEN SIE DRUCK

SCHREIBEN SIE EINE E-MAIL AN UNSERE POLITIKER/INNEN: FÜR EIN QUALITÄTSSICHERUNGSGESETZ FÜR ELEMENTARPÄDAGOGISCHE EINRICHTUNGEN

→ einfach Text & Mailadressen kopieren, ev. Text ergänzen/abändern, jedenfalls aber Schreiben mit Name und Adresse ergänzen! ←

barbara.prammer@parlament.gv.at, fritz.neugebauer@parlament.gv.at, 3pr@parlament.gv.at, josef.cap@spoe.at, karlheinz.kopf@oevpklub.at, heinz-christian.strache@parlament.gv.at, eva.glawischnig@gruene.at, josef.bucher@parlament.gv.at, gabriele.heinisch-hosek@bka.gv.at, beatrice.karl@bmwf.gv.at, verena.remler@bmwf.gv.at, claudia.schmied@bmukk.gv.at, informationspool@plattform-educare.org

Sehr geehrte Frau Ministerin!

Sehr geehrte Frau Staatssekretärin!

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Zum Wohl unserer Kinder, im Interesse deren Eltern und AlleinerzieherInnen, für positive Arbeits- und Lebensmöglichkeit der PädagogInnen - im Sinn der Zukunft unseres Landes sind dringend Änderungen im Elementarbildungswesen angesagt!

Die inhaltlichen und finanziellen Forderungen zur Qualitätsanhebung in den Elementarbildungseinrichtungen liegen längst – untermauert von vielen Studien - auf den Tischen der politisch Verantwortlichen:

- in 4 Ministerien (bei vier Frauen - 2 SPÖ und 2 ÖVP);
- bei 9 Ländern (davon wird 1 Land von einer Frau geführt);
- in 2.357 Gemeinden (davon werden 4,7% Frauen geleitet).

Der Kindergarten ist Ländersache und der Großteil der öffentlichen Einrichtungen wird von den Gemeinden (98,7%) erhalten.

Derzeit neun (!) unterschiedliche Gesetze der Bundesländer führen zu unterschiedlichsten (auch finanziellen) Rahmenbedingungen für Kinder, Eltern und Personal sowie TrägerInnen-Organisationen hinsichtlich

- Gruppengröße,
- Verhältnis MitarbeiterInnen/Kinder
- Arbeitszeiten und Bezahlung der PädagogInnen
- Vor- und Nachbereitungszeit bzw. Fort- und Weiterbildung der PädagogInnen
- Räumliche Anforderungen
- Öffnungszeiten/Ferienordnung
- Höhe der Elternbeiträge
- Qualifikation/Bezeichnung/organisatorische Einbindung der pädagogischen Aufsicht
- Qualifikation/Bezeichnung von Leiterinnen, Helferinnen, AssistentInnen...
- Finanzierung

u.a.m.

Die Situation für Tagesmütter/-väter/-familien ist ähnlich gelagert.

Die langjährigen Forderungen nach tiefgreifenden, effektiven und nachhaltigen Reformen im elementaren und außerschulischen Bildungsbereich sind endlich umzusetzen, durch

- ein **Bundesrahmengesetz mit einheitlichen Qualitätsstandards**

- einen **verbesserten Kind-Erwachsenenschlüssel** wie er von ExpertInnen empfohlen wird
- **gemeinsame Ausbildung für alle pädagogischen Berufe auf tertiärem Niveau**
- **höhere Bezahlung** wie sie der verantwortungsvollen Aufgabe entspricht .

Die Plattform EduCare hat bereits 2005 – gemeinsam mit den Berufsgruppen der Kindergarten- und HortpädagogInnen Österreichs - Grundlagen für ein Bundesrahmengesetz zur Qualitätssicherung in elementaren und außerschulischen Bildungseinrichtungen ausgearbeitet: von „Altersgemäßen Bildungsangebot“ über „Ausstattung und Raumbedarf“ sowie „Mindeststandards“ bis zu „Zusammenarbeit mit Erziehungsberechtigten“. SPÖ (2006) und GRÜNE (2009) haben auf dieser Grundlage bereits parlamentarische Anträge auf Gesetze gestellt – und wurden in die Gremien verwiesen.

Ich appelliere an die **Ministerinnen** in der Bundesregierung – Heinsch-Hosek, Karl, Remler und Schmied – den guten gemeinsamen Weg, der eingeschlagen worden ist, nachhaltig weiter zu gehen: im nächsten Schritt muss die **Qualität der die Neuerungen durchzuführenden elementarpädagogischen Einrichtungen** verbessert werden! Durch ein Bundesrahmengesetz für die elementarpädagogischen Bildungseinrichtungen!

Ich appelliere an die **Nationalratsabgeordneten** von SPÖ, ÖVP, FPÖ, GRÜNEN und BZÖ parlamentarische Initiativen zu setzen! Für die Zukunft unseres Landes!

Siehe auch:

<http://www.plattform-educare.org/bundesrahmengesetz.htm>

<http://www.plattform-educare.org/Kindergarten gesetz%20gruene%20vs.%20spoe.htm>

Mit freundlichen Grüßen

Vor- und Zuname

Adresse

ev. Telefonnummer

MEINUNG

Bildung ohne Zukunft - Die Regierungsparteien wollen nicht, dass unsere Kinder mehr lernen.

Helmut Brandstätter (Kurier)

Ein Wiener Milchgesicht ist stolz darauf, den Boykott gegen PISA organisiert zu haben. Als Vorsitzender der VP-nahen Schülerunion hat er versucht, die Untersuchung über die Kenntnisse unserer Schüler zu stören. Der junge Mann hat eine große Politikerkarriere vor sich. Zwar nur in Österreich, aber hier wird sich Leistungsverweigerung und Ablehnung internationaler Entwicklungen weiter durchsetzen.

Denn diese Regierung wird die nächsten - wahlfreien - Jahre jedenfalls im Bildungsbereich nicht für Verbesserungen nützen. Je schwächer SPÖ und ÖVP in der Zustimmung der Wähler werden, umso ideologischer und engstirniger agieren sie. Eine große Reform der Schule mit Ganztagsbetreuung ist mit der ÖVP nicht zu machen, dafür werden die Unis jeden internationalen Anschluss verlieren, weil notwendige Studiengebühren gegen alt-sozialistische Glaubenssätze verstoßen.

Jetzt sollte die Regierung der Resignation wenigstens konsequent sein und offiziell zugeben, dass im Bildungsbereich jede weitere Diskussion sinnlos ist. Wer es sich leisten kann, wird seine Kinder auf Privatschulen oder internationale Unis schicken. Für den Rest gilt: Es lebe die Mittelmäßigkeit.

helmut.brandstaetter@kurier.at

<http://kurier.at/interaktiv/kommentare/2055264.php>

Zukunftsvernichtung im Namen unserer Kinder

MICHAEL PRÜLLER (Die Presse)

Unser ältester Sohn studiert nicht nur Jus, sondern auch Skandinavistik. Weil er in seinem Zweitstudium nicht in der vorgeschriebenen Zeit geblieben ist, muss er die volle Studiengebühr zahlen. Selbst schuld, warum begnügt er sich nicht mit einem Studium? Seine Schwester hat ihr Erststudium erst nach drei Semestern aufgegeben und bekommt daher als nunmehrige Fachhochschulstudentin keine Familienbeihilfe – und ist deswegen auch nicht mehr krankenversichert (hier, nicht in den USA). In ihrem ersten Studium wurden die Plätze für ein überbuchtes, aber für den Studienfortgang entscheidendes Seminar in einer Mischung aus Lotterie und Versteigerung vergeben, bei der sie den Kürzeren zog – weshalb ihr nun auch ein Sozialstipendium verwehrt ist. Dass sie während ihres Erststudiums einen Halbtagsjob hatte und dem Staat weder bei Mitversicherung noch bei der Kinderbeihilfe auf der Tasche lag, wird nicht berücksichtigt. Selbst schuld, warum hat sie auch arbeiten gehen müssen?

Ein anderer Sohn wurde per 1. Jänner zum Präsenzdienst einberufen. Weil er nicht herumsandeln wollte, hat er schon im Oktober davor inskribiert. In der Prüfungssaison war er aber schon beim Heer, weshalb dieses erste Semester jetzt als verbummelt gilt und ihm noch auf den Kopf fallen kann. Selbst schuld, warum ist er auch so lernbegierig?

Alle drei wollen übrigens mit dem Doktorat bzw. Mastergrad abschließen. Sie werden also mit 24 nicht fertig sein. Ich werde sie dann weiterhin finanzieren müssen und trotzdem genauso viel Steuern zahlen wie jemand, der diese Verpflichtung nicht trägt. Denn der ursprünglich dafür eingeführte Ausgleich – die Kinderbeihilfe – wird gestrichen. Selbst schuld, warum habe ich sie auch Bildungsbegehr gelehrt? Dass meine Kinder keinen Anspruch auf Sozialstipendien haben, versteht sich von selbst. Das entsprechende Gesetz ist ein mathematisches Wunder: Laut ihm würde mein Gehalt dazu ausreichen, jedes Kind mit dem vierfachen Betrag dessen zu unterstützen, was ich tatsächlich zur Verfügung habe.

Es würde mich dabei gar nicht stören, meine Kinder selbst zu erhalten, und ich zahle ihnen auch gern das Studium – aber das kann ich kaum, weil mir der Staat 40 Prozent meines Einkommens wegnimmt.

Das ist nur eine kleine Detailaufnahme aus bloß (m)einem einzelnen österreichischen Haushalt – wie groß muss wohl die ganze Fülle der Vertrotteltheiten unseres Sozial- und Bildungssystems sein? In Konfrontation mit solchen Realitäten zerschellt der hehre Anspruch der Regierung kläglich, auf die Wissensgesellschaft zu setzen. Wenn die neuesten PISA-Ergebnisse wieder einmal unterdurchschnittlich sind, soll sich niemand aufregen. Wir wollen ja offenbar gar nicht exzellent sein. Alles an der gegenwärtigen Universitätspolitik signalisiert: Wer studiert, ist selbst schuld. Nur wer wirklich felsenfest entschlossen ist, Akademiker zu werden, wird es denn auch versuchen. So wird zementiert, dass die bildungsferneren Milieus bildungsferner bleiben. Und wie nett, dass die ÖVP nun anregt, an den Schulen „High Potentials“ zu erkennen und zu fördern – um sie dann von den Universitäten zu vergraulen?

Seit der Einführung der Fachhochschulen vor 17 Jahren ist der Bildungspolitik nicht nur keine wichtige Neuerung mehr gelungen, sondern sie hat auch das Bestehende verschlumpft. In Kombination mit den Versäumnissen der Schulpolitik ein Totalversagen der Großen Koalition, mit dem sie der Zukunft unserer Kinder weit mehr geschadet hat, als sie ihr jetzt mit ein paar Budgetbehüschungen zu nützen behauptet. Längst müsste eine Generalreform im Gange sein, die sich der Verlogenheit des angeblich freien Hochschulzugangs annimmt – einer Fiktion, die zu einem unterentwickelten Stipendien- und Studienkreditsystem geführt und außerdem die Universitäten an den Rand der Pleite gebracht hat, die in vielen Studiengängen kein zügiges Studieren mehr ermöglicht, die am immer skurrileren Sozialsystem für Studierende Schuld trägt.

Aber wenn eine Regierung den Eltern das Geld aus der Tasche zieht, angeblich, um die Zukunft ihrer Kinder zu sichern, damit aber nur Murks baut – und sich dann der Verantwortung für die kommende Generation rühmt, dann ist das eine Verhöhnung, die sich Eltern und Kinder nicht verdient haben.

E-Mails an: michael.prueller@diepresse.com

<http://diepresse.com/home/meinung/kommentare/leitartikel/615760/Zukunftsvernichtung-im-Namen-unserer-Kinder>

Bundespolitik? Gibt es nicht.

Von [Andreas Koller](#)

Österreich durch neun. Österreichs Bundespolitiker sollten dem Staatsganzen verpflichtet sein. Leider kann sie das Staatsganze nicht mit Ämtern und Mandaten versorgen. Daher dienen sie sich der Provinz an. Wenn wir richtig mitgezählt haben, trug die Regierung in den vergangenen Wochen nicht weniger als vier ihrer zentralen Vorhaben zu Grabe.

Erstens die Budgetsanierung. Spätestens seit diesem Samstag kann das diesbezügliche Versprechen der Regierung endgültig als gebrochen betrachtet werden. Kanzler und Vizekanzler beschränken sich darauf, ein wenig am Sozialstaat herumzuschneipeln, um sich solcherart in die nächste Fiskalperiode zu retten. Die Strukturprobleme, zu deren Lösung harte Verhandlungen mit den Ländern notwendig wären, werden nachfolgenden Generationen aufgehalst.

Zweitens die Verwaltungsreform. Bundeskanzler und Vizekanzler sind mittlerweile eines Sinnes darin, dass der zu Beginn der Legislaturperiode in Aussicht gestellte, angeblich Milliarden Euro einsparende Umbau der staatlichen Strukturen leider doch nicht stattfinden könne. Weil ein solcher Umbau Arbeitsplätze in der Verwaltung kosten würde.

Drittens trug man die Gesundheitsreform zu Grabe. Seit die Pläne des Gesundheitsministers, im Gesundheitswesen eine Spur mehr Planung einziehen zu lassen, vom bekannt feinen niederösterreichischen Gesundheitslandesrat öffentlich als „Rülpser“ diskreditiert wurden, kann der diesbezügliche Versuch als gescheitert betrachtet werden.

Und viertens wurde die Schulreform in aller Form beerdigt. Der Kompromiss zwischen ÖVP (Verlängerung) und der SPÖ (Zentralisierung) besteht darin, dass alles bleibt, wie es ist. Nämlich teuer und ineffizient. Wer für Gründe für dieses vierfache politische Versagen unserer Bundespolitiker sucht, der landet unweigerlich bei einem Satz, den der kluge ÖVP-Altpolitiker Erhard Busek dieser Tage in einem Interview geäußert hat: „So etwas wie Bundespolitik existiert ja gar nicht mehr.“ Richtig, und man muss hinzufügen: Es gibt nicht nur keine Bundespolitik. Es gibt auch keine Bundespolitiker. Wie sich jetzt herausstellt, gibt es in unserer schönen Republik (von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen) ausschließlich Landespolitiker, von denen einige zwar in der Bundesregierung sitzen, dort aber durchwegs Landespolitik betreiben.

So ist ja durchaus nachvollziehbar, dass der niederösterreichische Landeshauptmann der Verlängerung der gesamtösterreichischen Lehrerschaft das Wort redet; dass der Finanzminister dem zustimmt, zeigt, dass Josef Pröll im Grunde kein Bundes-, sondern ein niederösterreichischer Landes-Finanzminister ist.

Ebenso verständlich ist, dass der oberösterreichische Landeshauptmann wegen der Gefährdung des Projekts „Linzer Westring“ tobt; dass der Wirtschaftsminister wegen der möglichen Verzögerung dieses für Linz wichtigen Projekts mit einem Ministerratsveto drohte, zeigt, dass Reinhold Mitterlehner im Grunde kein Bundes-, sondern ein oberösterreichischer Landes-Wirtschaftsminister ist. Auch muss man erwarten, dass sich der burgenländische Landeshauptmann einen ewigen Bundesheer-Grenzeinsatz an der nicht mehr vorhandenen Ostgrenze seines Landes wünscht; dass der Verteidigungsminister diesem ebenso teuren wie sinnlosen Ansinnen jahrelang nachgab, zeigt, dass Norbert Darabos im Grunde kein Bundes-, sondern ein burgenländischer Landes-Verteidigungsminister ist. Die Beispiele könnten nach Belieben fortgesetzt werden, und die Ursache für das Fehlen der Bundespolitik ist relativ banal: So gut wie jeder Minister braucht als Hausmacht eine Landespartei hinter sich. Daher fühlt er sich vorwiegend seiner Landespartei verpflichtet und nicht - obwohl er dafür bezahlt wird - dem Staatsganzen. Das Gleiche gilt für die Nationalratsabgeordneten. Auch deren Aufgabe wäre es, die Interessen des Staatsganzen zu vertreten. Doch von den 183 Mandatären sind nur 35 über eine Bundeswahlliste in den Nationalrat eingezogen. Die restlichen 148 landeten auf Vorschlag ihrer Bezirks- und Landesparteiorganisationen im Hohen Haus. Die meisten davon wollen in drei Jahren von diesen wieder nominiert werden. Entsprechend sieht ihre Loyalität aus.

Kein Wunder, dass ein solcherart regierter Staat das Gesamtwohl aus den Augen verliert. Politik ist hierzulande nicht Staatskunst. Sie ist die Summe der Partikularinteressen der handelnden Personen.

<http://mein.salzburg.com/blog/koller/2010/11/bundespolitik-gibt-es-nicht.html>

TOP-THEMA

Integrationshaus wird Haftanstalt - Auf dem Simmeringer "Macondo"-Gelände sollen künftig Familien auf ihre Abschiebung warten - Verlassen dürfen sie das Haus nicht, das Ministerium spricht trotzdem von "Gelinderem Mittel"

Wien - Der gelbe Bau am äußersten Rand von Simmering diente elf Jahre lang als übergangsmäßige Unterkunft für anerkannte Flüchtlinge. Zuletzt lebten vor allem Familien aus Tschetschenien und Afghanistan dort - und wurden von Sozialarbeitern dabei unterstützt, sich nach positivem Asylbescheid langsam eine eigene Existenz in Wien aufzubauen. Letzten Frühsommer sperrte das Kardinal-König-Integrationshaus dann allerdings zu. Der Integrationsfonds, der die Einrichtung betrieben hatte, übergab das Haus dem Innenministerium.

Mit der Begründung, die Nachfrage nach den Wohnplätzen sei in den letzten Jahren gesunken, den meisten Asylberechtigten sei etwas Dauerhaftes lieber als eine Übergangswohnung, in der sie nur ein Jahr bleiben können. Gerüchte, dass aus dem Gebäude eine Einrichtung wird, die die Schubhaft ersetzen soll - ein sogenanntes gelinderes Mittel - gab es schon damals. Das Innenministerium dementierte dies aber stets. Es sei noch nicht fix, wie das Haus künftig genutzt wird, hieß es. Warten auf Wien-Wahl

Nun bestätigt das Innenministerium dem Standard die Pläne für ein Familien-Haftzentrum. Innenministerin Maria Fekter (ÖVP) reagiere damit auf die heftige Kritik an der Abschiebung zweier Achtjähriger im Oktober: Die beiden Mädchen waren von der Polizei zu Hause abgeholt, in Schubhaft

genommen und in den Kosovo abgeschoben worden. Dass das Haus nicht vor der Wien-Wahl aufgesperrt hat, ist aber wohl auch der Wiener SPÖ nicht ganz unrecht - auf diese Weise spart sie sich einige unliebsame politische Diskussionen.

"Gelinderes Mittel"

Das gelbe Haus soll künftig verhindern helfen, dass Familien auseinandergerissen oder in ein Polizeianhaltezentrum gebracht werden. Außerdem könne man die Betroffenen dort besser auf die Abschiebung vorbereiten, heißt es aus dem Innenministerium. "Es bleibt aber natürlich trotzdem Haft", sagt Asyl-Anwalt Georg Bürstmayr. Das Haus wird von der Fremdenpolizei bewacht, die dort Untergebrachten dürfen es nicht verlassen. Eine eigene Einrichtung für Familien mit Einzelappartements sei auf jeden Fall besser als ein Gefängnis, sagt Bürstmayr. "Und es wäre unverantwortlich, die Leute vom Fleck weg abzuschieben." Im gelben Haus sollen die Betroffenen erst einmal untersucht werden - um festzustellen, ob ihnen eine Reise überhaupt zugemutet werden kann.

Ob das gelbe Haus tatsächlich die Bezeichnung "gelinderes Mittel" verdient, bezweifelt Verfassungsjurist Heinz Mayer: "Gelinderes Mittel heißt, etwas auch ohne Haft zu erreichen - das ist hier aber nicht der Fall."

Rund um das neue Schubhaftzentrum leben rund 3000 anerkannte Flüchtlinge: Gleich daneben betreibt der Integrationsfonds weiterhin ein Haus, in dem Asylberechtigte bis zu fünf Jahre lang unterkommen. Das weitläufige Gelände der Kaiserebersdorfer Kaserne ("Macondo") dient außerdem seit den Siebzigern als Zufluchtsort für Zuwanderer mit Flüchtlingsstatus. Anfangs siedelten sich vor allem Vietnamesen und Lateinamerikaner an, viele sind bis heute dort geblieben - und leben in kleinen Reihenhäusern. (Martina Stemmer, DER STANDARD Printausgabe, 2.12.2010)

<http://derstandard.at/1289609270028/Nachlese-Integrationshaus-wird-Haftanstalt>

Bereits über 113.000 ÖsterreicherInnen haben schon unterschrieben - Gegen Unrecht: Kinder gehören nicht ins Gefängnis!

Wir können und wollen weder verstehen noch akzeptieren, dass der österreichische Staat und seine Gesetzgebung es zulassen, zur Aufrechterhaltung der sogenannten öffentlichen Ordnung zwei gut integrierte achtjährige Kinder überfallsartig und unter Einsatz bewaffneter Sicherheitskräfte in ihrem Zuhause abzuholen und ins Gefängnis zu stecken – um sie dann außer Landes zu schaffen.

Wir können und wollen weder verstehen noch akzeptieren, dass man Kinder ins Gefängnis steckt. Und wir können und wollen schon gar nicht verstehen oder akzeptieren, dass man Volksschulkinder von ihrer kranken Mutter trennt.

Kinder gehören nicht ins Gefängnis! Daher fordern wir von den Abgeordneten zum Nationalrat, die uneingeschränkte Aufnahme der Kinderrechtskonvention in die Verfassung. Wenn wir nicht wollen, dass weiterhin Kinder in Schubhaft landen und Familien auseinandergerissen werden, dann müssen wir gemeinsam ein Zeichen setzen, denn schlechte Gesetze gehören geändert.

➔ Hier können auch Sie ein Zeichen setzen: <http://www.gegen-unrecht.at/index.php>

ZUR DISKUSSION

Schulverwaltung NEU - Das mc-Modell

Das neue Schulverwaltungs-Modell für Österreich im Überblick:

- Massive Stärkung der Schulebene
- Massive Stärkung der Regionalebene
- Die Landesebene wird weitestgehend eingespart
- Die Bundesebene übernimmt verstärkt strategische Aufgaben

Grundlegend ist eine neue Kompetenzverteilung und somit Steuerungslogik.

Das mc-Modell arbeitet mit drei administrativen Ebenen:

- Schulebene – operative Ebene
- Regionale Ebene: Regionale Bildungsagenturen für die regionale Koordination des schulischen Angebots (im Zusammenspiel mit der Bundesebene)
- Bundesebene: Bundesministerium und ausgelagerte weisungsunabhängige Bundesagentur für Systemmonitoring – strategische Ebene und Koordination

➔ Details siehe unter http://www.managementclub.at/document/mc-Modell_Schulverwaltung_NEU.pdf

management club
Kärntner Straße 8, 1010 Wien
Tel.: +43 (0)1 512 79 35
Fax: +43 (01) 512 79 35 30
E-Mail: info@managementclub.at

PÄDAGOGEN/INNEN-AUSBILDUNG NEU

Streit über weitreichendes Konzept

Die Regierung will im Rahmen der Bildungsreform auch die Lehrerausbildung auf völlig neue Beine stellen. Der Expertenentwurf liegt bereits seit Monaten vor - in diesen Wochen stellen Unterrichtsministerin Claudia Schmied (SPÖ) und Wissenschaftsministerin Beatrix Karl (ÖVP) das Konzept in den Bundesländern vor und diskutieren es dort mit Vertretern aller betroffenen Verbände und Institutionen.

Bereits im Regierungsprogramm legten sich SPÖ und ÖVP auf eine einheitliche akademische Grundausbildung aller Lehrer - vom Volksschul- bis zum AHS-Lehrer - fest. Für Elementarpädagogen - etwa im Kindergarten - soll Maturaniveau reichen. Das Expertenpapier sieht vor, dass man künftig nach sechs Semestern (Bakkalaureat) an allen Schultypen unterrichten kann. Zum Berufseinstieg ist eine „Turnus“-Phase geplant. Um dauerhaft als Lehrer arbeiten zu können, muss aber während dieses „Turnus“ noch ein Masterabschluss „nachgeholt“ werden.

Schule sucht sich Lehrer aus

Gleichzeitig sollen die einzelnen Schulen mehr Freiheiten bekommen - insbesondere soll sich jeder Schuldirektor künftig selbst die Lehrer aussuchen können. Umgekehrt können sich Lehrer künftig direkt bei bestimmten Schulen bewerben. Auch die Bezahlung soll demnach völlig neu ausgerichtet werden: Nicht das Dienstatler oder die formale Qualifikation, sondern neue Anforderungsprofile für die einzelnen Positionen sollen über die Höhe des Gehalts entscheiden.

Das Lehrersystem soll „durchlässiger“ werden. Das bedeutet einerseits, dass Lehrer künftig sowohl leichter in verschiedenen Schultypen unterrichten können sollen. Andererseits soll auch der Wechsel von der Wirtschaft in den Lehrberuf und umgekehrt erleichtert werden.

„Zentrale Einwände“ ignoriert

Kritik an den derzeitigen Plänen für eine neue Lehrerausbildung kommt von Vertretern der Unis. Die neu gegründete Universitäre Plattform für Lehrer/innen/bildung, in der 70 Wissenschaftler vertreten sind, zeigte sich diese Woche in einer Aussendung irritiert, dass „zentrale Einwände und Bedenken“ von Univeritern nicht berücksichtigt würden und das derzeitige Reformpapier von nationalen und internationalen Expertisen „teils sehr erheblich“ abweiche.

Abgelehnt wird vor allem, dass es weiterhin nicht für alle Pädagogen eine volle akademische Lehrerausbildung geben soll. Seit längerem wird ja besonders die Aufwertung der Pädagoginnen und Pädagogen in Kindergärten und im Vorschulbereich gefordert.

Nicht „international anschlussfähig“

Konkret bemängeln die Univeritreter, dass es Lehrerausbildung „nur“ auf Bachelor- bzw. bei den Kindergartenpädagoginnen „gar nur“ auf Maturaniveau geben soll. Auch dass Lehrer neben einer „Induktionsphase“ oder „Turnus“ genannten Zeit für den Berufseinstieg, die nach dem Bachelor erfolgt, parallel ihr Masterstudium absolvieren sollen, lehnt die Uniplattform ab.

Bei einer Lehrerausbildung „auf international anschlussfähigem Niveau“ müssen aus Sicht der Uniplattform alle Pädagogen, egal für welche Altersgruppe, eine vollakademische Ausbildung auf Master- bzw. Magisterniveau erhalten. Außerdem fordern sie de facto die Zusammenführung von Unis und Pädagogischen Hochschulen.

Auch die Universitätsgewerkschaft forderte am Freitag in einem offenen Brief den Master als „Mindeststandard“ für eine Anstellung in allen Schulstufen. „Eine Verkürzung der Ausbildungsdauer ist abzulehnen, da diese in jedem Fall mit Qualitätsverlusten verbunden ist“, so die Universitätslehrer in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD).

Billigeres Schulsystem?

Wissenschaftsministerin Karl verteidigte am Rande der dritten öffentlichen Diskussionsrunde in Graz die Reformpläne. „Wir gehen immer davon aus, dass wir für alles an der Schule voll ausgebildete Lehrer brauchen“, bemängelte sie und plädierte für mehr Aufgabendifferenzierung. Der Status quo sei möglicherweise auch der Grund dafür, dass das österreichische Schulsystem so teuer sei. „Das müssen wir uns aber erst anschauen.“

Es sei immer mehr Usus, dass die Master-Ausbildung berufsbegleitend absolviert wird und darauf hätten auch die Hochschulen reagiert, verteidigte Karl den Vorschlag im Expertenpapier, wonach Junglehrer nach dem Bachelor einen zweijährigen Turnus in der Praxis beginnen und parallel dazu weiterstudieren sollen. Karl betonte allerdings, dass noch Änderungen des derzeit angedachten Modells möglich seien.

Ambitionierter Zeitplan

Für die Reform gibt es einen engen Zeitplan: Bereits 2013 soll der erste Jahrgang der neuen Lehrerausbildung starten.

Links

- [Dossier zur Ausbildungsreform](#)
- [Unterrichtsministerium](#)
- [Wissenschaftsministerium](#)
- [GÖD](#)

<http://orf.at/stories/2028819/2028822/>

Stellungnahmen zur Elementarpädagogik

- [Arbeitsgruppe Elementar- und Primarpädagogik in der Steiermark \(pdf, 74 KB\)](#)
- [Initiative Kindergartenpädagogik NEU \(pdf, 362 KB\)](#)
- [Plattform EduCare \(pdf, 125 KB\)](#)
- [Österreichischer Dachverband der Berufsgruppen der Kindergarten- und HortpädagogInnen \(ÖDKH\) \(pdf, 74 KB\)](#)
- [Institut für Psychosoziale Intervention und Kommunikationsforschung, Universität Innsbruck \(pdf, 75 KB\)](#)
- [Österreichische Kinderfreunde \(pdf, 59 KB\)](#)

BILDUNGSANSTALTEN FÜR KINDERGARTENPÄDAGOGIK

Übersicht BAKIP's

Übersicht Aus- & Fortbildung an BAKIP's

BAKIP-LSI Tagung in Kärnten

Landesschulratspräsident HR. Mag. Walter Ebner eröffnete im Blumenhotel St. Veit die österreichweite Konferenz der Landesschulinspektor/innen für die Bundesanstalten für Kindergartenpädagogik

Vom 16. – 18.11.2010 trafen sich die Vertreterinnen der pädagogischen Fachabteilung des bm:ukk und die zuständigen Landesschulinspektor/innen der Höheren Anstalten der Lehrer/innen- und Erzieher/innenbildung (BAKIP und BASOP) zur Dienstbesprechung in St. Veit / Glan. Die teilnehmenden Bildungsmanager/innen beschäftigten sich mit den Generalthemen „Tradition, Transformation und Transition im Ausbildungssystem für Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen“. Dabei wurden im Rahmen der aktuellen pädagogischen Zielsetzungen Maßnahmen für die Umsetzung der neuen standardisierten Reife- und

Diplomprüfung in Mathematik, Englisch und Deutsch, der Diplomarbeiten und deren Betreuung, sowie der weiteren Qualitätsentwicklung im Unterricht diskutiert und erarbeitet.

Die Eröffnung der Tagung nahm der Amtsführende Präsident des Landesschulrates für Kärnten, HR. Mag. Walter Ebner, vor. Die Organisation vor Ort lag in den Händen von LSI Dr. Axel Zafoschnig, der zusammen mit der Direktorin der BAKIP Klagenfurt, Fr. Mag. Marisa Krenn-Wache, dafür sorgte, dass sich die Teilnehmer/innen aus ganz Österreich in Kärnten entsprechend wohl fühlen und beste Bedingungen für eine konstruktive Tagung vorfanden. Präsident Ebner betonte in seiner Begrüßung auch die Wichtigkeit der BAKIP-Ausbildung für die flächendeckende Kinderbetreuung und bedankte sich beim Unterrichtsministerium für die Förderung der einzigen Kärntner BAKIP in Klagenfurt. Gleichzeitig regte er aber auch an, dass zur besseren Ressourcenverteilung die Umrechnungsfaktoren für die Wertigkeitenverteilung an die BAKIP angehoben werden sollte.

Im Rahmen der Tagung wurden die Landesschulinspektor/innen vom St. Veiter Bürgermeister Gerhard Mock auch zum Besuch des ersten Kärntner Bewegungskindergartens eingeladen. Sowohl vom Konzept als auch von den Räumlichkeiten und den großzügigen Außenanlagen zeigten sich die Gäste aus den anderen Bundesländern sehr beeindruckt. Die Leiterin der LSI-Konferenz Ministerialrätin Mag. Maria Dippelreiter bedankte sich bei Bürgermeister Mock und der Leitung des Kindergartens für den interessanten Einblick in diesen sportlichen Musterkindergarten und lobte den motorischen Geschicklichkeitsstand der dort betreuten Kinder.

Die Konferenz beschäftigte sich voraussichtlich auch mit den pädagogischen Ausbildungsfeldern und den zukünftigen Berufen im Kindergarten- und Hortpädagog/innenbereich. Dabei wurden auch die Erweiterungen der pädagogischen Berufe in Richtung Alters- und Lernbetreuung, sowie die Tertiärisierung der Ausbildung unter Einbeziehung sogenannter Induktionsphasen besprochen. Die Empfehlungen der Zukunftskommission für diese immer größere Berufsgruppe, die den Bologna-Prozess für die akademische Ausbildung berücksichtigen sollen, bedürfen aber unbedingt eines neuen Dienstrechts. Diese und ähnliche Visionen, die die momentane Entwicklung im österreichischen Schulwesen bestimmen, sorgten während der Tagung für sehr professionell geführte Gespräche, die zu zufriedenstellenden Ergebnissen führten. Auch die Inputs der Kärntner Expert/innen wurden dabei sehr geschätzt. Allgemein kann die Tagung der BAKIP-Landesschulinspektor/innen in St. Veit/Glan daher als voller Erfolg gesehen werden.

Text: LSI Mag. Dr. Axel Zafoschnig

<http://www.landesschulrat-kaernten.at/default.aspx?Slid=301&LAid=1&ARid=3664>

Modeschule und BAKIP steht vor dem Aus: Lehrer kämpfen gegen Schließung

[DiePresse.com](#)

... die Höhere Lehranstalt für Mode- und Bekleidungstechnik (HLM) sowie die Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik (BAKIP), sollen geschlossen werden. ...

BILDUNG, BILDUNGSPLANUNG

➔
Elementarpädagogische
Datenbank

Zollitsch: Bildung braucht notwendig religiöses Wissen

Kath.Net

Dazu ist auch noch zu sagen, wenn Kreuze aus den Klassenzimmern ,gerade in letzter Zeit, wieder entfernt werden, dann muss man sich sozusagen an den Kopf ...

[Erzbischof Zollitsch: Bildung braucht ethisches und religiöses Wissen](#) domradio - nachrichten

[Alle 4 Artikel](#)

BILDUNGSPOLITIK

Kindergärten, Schulen, Eltern gefordert

[ORF.at](#)

Experten sehen Kindergärten, Schulen und Eltern gefordert. Bei allen drei PISA-Tests bisher lagen die 15- und 16jährigen Schüler aus Österreich beim Lesen ...

Karl: Endfassung des ÖVP-Bildungskonzept erst 2011

[derStandard.at](#)

Graz - Die Endfassung des ÖVP-Bildungskonzepts soll erst 2011 vorliegen. Man befinde sich noch in einem "Diskussionsprozess", so Wissenschaftsministerin Beatrix Karl (ÖVP) bei einer gemeinsam mit Unterrichtsministerin Claudia Schmied (SPÖ) abgehaltenen ...

[Karl: ÖVP in Diskussionsprozess](#) ORF.at

[ÖVP-Bildungskonzept: Keine Gesamtschule?](#) ORF.at

[DiePresse.com](#) - [Kurier](#) - [Wiener Zeitung](#) - [APA OTS \(Pressemitteilung\)](#)

[Alle 19 Artikel »](#)

Bildungskonzept: ÖVP weiter gespalten zu Gesamtschule

[derStandard.at](#)

Wien - Der ÖVP-Standpunkt in Sachen Bildung ist weiterhin nicht einheitlich. "Wir werden in den nächsten Wochen unser Bildungskonzept für Österreich ...

ÖGB-Oberhauser: Nicht neue Barrieren in der Bildung aufbauen

APA OTS (Pressemitteilung) Wien (OTS/ÖGB) - "Die Schule der Zukunft muss Fördern statt Selektieren. Derzeit übt sich das Schulsystem aber eher im Aussortieren als im Unterstützen.

BM:UKK / BM.W_F

BM:UKK-Homepage

BMWF Homepage

Alle Informationen des [bm:ukk](#) und des [bm.w.f](#) zur PädagogInnen-Ausbildung NEU**Karl: Nicht alle Lehrer benötigen Master**

DiePresse.com

... etwa von der neu geschaffenen "Universitäre Plattform für Lehrer/innen/bildung", in das Expertenpapier einarbeiten. Bis 2013 soll der erste Jahrgang der ...

[Radikaler Plan für Lehrerausbildung - news.ORF.at](#) ORF.at

[Alle 6 Artikel »](#)

PISA-TEST 2009**Präsentation PISA 2009. Internationaler Vergleich von SchülerInnenleistungen**

DIENSTAG, 7. Dezember 2010, 11.00 Uhr Im Rahmen einer Pressekonferenz präsentiert Bildungsministerin Claudia Schmied gemeinsam mit Günter Haider (Direktor des Bundesinstituts BIFIE), Claudia Schreiner (Leiterin des BIFIE Salzburg) und Ursula Schwantner (Projektleiterin PISA, BIFIE Salzburg) die Ergebnisse der Studie "PISA 2009. Internationaler Vergleich von SchülerInnenleistungen" (wolke 19, Ares Tower, Donau-City-Straße 11, 1220 Wien).

Was ist der PISA-Test wert?

Kurier

Schüler beim PISA-Test: Schlechte Ergebnisse wegen schlechter Stimmung? Die neueste PISA-Studie sorgt schon vor ihrer Veröffentlichung (geplanter Termin: 7. ...

[OECD: PISA-Test für Österreich ungültig](#) oe24.at

[PISA-Test: OECD sorgt für Wirbel](#) Salzburger Nachrichten

[PISA-Test nur mit Vorbehalt](#) ORF.at

[bildungsklick.de - nachrichten.at](#)

[Alle 99 Artikel »](#)

Eine vorhersehbare österreichische Blamage

Die diesjährigen PISA-Resultate sind durch einen Schülerboykott beeinträchtigt - Diese einmalige Dummheit ist aber nicht das Problem - sondern der ÖVP-Unwille zu einer tiefgreifenden Schulreform - Von Karl Heinz Gruber

Die internationale Blamage, die Österreich mit der Veröffentlichung der neuen PISA-Daten ("mit Vorbehalt") nächste Woche bevorsteht, war vorhersehbar.

Anlässlich der Turbulenzen um die (Nicht-)Verlängerung der wöchentlichen Lehrverpflichtung der Lehrer und des dadurch ausgelösten Kinderkreuzzugs gegen die Zumutung von mehr Unterricht durch die Reduzierung der "schulautonomen" Tage schrieb ich am 28. April 2009 hier im Standard: "Ein 18-jähriger Bundesschulsprecher fordert seine Mitschüler auf, den PISA-Test der OECD zu boykottieren. Als besonders cleveren Schachzug weist er darauf hin, dass es für Schüler zwar die Pflicht gebe, den Test mitzumachen, dass sie jedoch niemand daran hindern könne, sich dabei möglichst dumm zu stellen ..."

Ich meinte damals, Bildungsministerin Claudia Schmied, ÖVP-Obmann Josef Pröll und Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner sollten gemeinsam diesen jungen Mann, Mitglied der ÖVP-Vorfeldorganisation Schülerunion, unverzüglich zu sich zitieren und ihm klarmachen, dass er gerade dabei war die internationale Reputation Österreichs zu schädigen.

Gleich wie man dazu steht

Und ich fuhr fort: "Man mag zu PISA stehen, wie man will: PISA hat sich zu einer der internationalen Benchmarks für die Tüchtigkeit von Bildungssystemen entwickelt. Wenn der Veröffentlichung der heuer erhobenen PISA-Daten die peinliche Anmerkung beigelegt werden muss, dass die österreichischen Daten durch einen Schülerstreit beeinträchtigt wurden, so wird dies wenig zum internationalen Image, der Verlässlichkeit und der politischen Reife des Wirtschaftsstandortes Österreich beitragen."

Es ist schwer zu sagen, wie viele Schüler dem Aufruf tatsächlich gefolgt sind und sich beim Test "dumm gestellt" haben. (Die Schülerunion ist auf ihrer aktuellen Homepage "stolz" auf den "erfolgreichen" PISA-Boykott.) Das eigentliche österreichische Problem sind ohnehin nicht die heuer durch einmalige Dummheit mehr oder weniger stark beeinträchtigten PISA-Resultate.

Es ist vielmehr die von den drei bisherigen PISA-Studien entdeckte beständige Gruppe von Sechzehnjährigen, die nicht jene Mindeststandards an Lese- und Schreibkompetenz erwerben, die ihnen einen erfolgversprechenden Eintritt in die Arbeitswelt sowie eine verantwortungsvolle Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben ermöglichen.

Diese Risikogruppe (deutlich mehr Schüler als Schülerinnen) ist größtenteils ein Produkt der Hauptschule, und zwar nicht nur in Österreich, sondern auch in Deutschland. Die frühe schulische Segregation von Schülern, denen im Alter von zehn Jahren auf höchst dürftiger diagnostischer Basis die Befähigung zu "höherer" Bildung zugesprochen wird, von der großen Mehrheit derjenigen, die mit weniger anspruchsvoller hauptschulischer Kost abgespeist werden, ist das Grundübel der deutschsprachigen Schulsysteme.

Niedrige Aspirationen

Es ist natürlich nicht die "Schuld" der Hauptschullehrerinnen, sondern ein systemischer Fehler, aber bei vielen Schülern erzeugt der "heimliche Lehrplan" der Hauptschule niedrige Aspirationen, eine geringes Selbstvertrauen, nicht selten starke Ressentiments gegen ein System, das sie frühzeitig als zweitklassig abgeschrieben hat - und eben auch wenig Leselust.

Offensichtlich reicht eine Strukturreform durch die Etablierung einer Gesamtschule für alle Zehn- bis Fünfzehnjährigen allein nicht aus, um der Heterogenität der Schülerbegabungen pädagogisch angemessen Rechnung zu tragen und der Minderleistung eines Fünftels der Schulabgänger

effektiv entgegenzuwirken. Die unabdingbaren Konsequenzen der gesamtschulischen Integration sind innerschulische Differenzierung und Individualisierung.

Ebenso offensichtlich ist allerdings auch, dass die strukturellen Mängel der aus dem 19. Jahrhundert stammenden zweigliedrigen Schulorganisation nicht durch Retuschen und Pseudoreformen zu beseitigen sind.

Leichte Retusche

Wie es der Zufall so wollte, fällt der PISA-Katzenjammer mit der Veröffentlichung des neuen ÖVP-Schulprogramms zusammen. Nachdem Pröll & Pröll den klugen (und witzigen) Vorschlag von ÖVP-Wissenschaftsministerin Beatrix Karl "Gymnasium für alle" mit der "Einheitsschul"-Keule niedergeschlagen haben, bleibt alles beim (da und dort leicht retuschierten) Alten.

Aus der Sicht der europäischen Schulreformen der letzten Jahrzehnte ist "Der neue Bildungsweg" (so der Titel des ÖVP-Papiers) eher eine pädagogische Via Appia Antica: Déjà-vu, so weit das Auge reicht - Beibehaltung der Trennung von Gymnasium und Hauptschule, Umbenennung ("Aufwertung") der Hauptschule zur "Realschule", Umbenennung des Hauptschulabschlusses zur "Mittleren Reife", Umbenennung des Polytechnikums zur "Qualifizierungsschule" anstelle von Sonderschulen für Schwerstbegabte von der Art der Sir-Karl-Popper-Schule, an allen Schulen "high potential groups" für Hochbegabte ...

Aufgemotzte Dampflok

Mit ihrer Weigerung, aus den Mängeln der frühen Auslese die Konsequenz einer Gesamtschulreform zu ziehen, verhält sich die ÖVP so "innovativ" wie eine Bahngesellschaft, die sich krampfhaft gegen die Elektrifizierung wehrt und stattdessen den alten Dampflok besonders windschlüpfrige Anstriche in Modifarben verpassen möchte.

Vielleicht bewirkt die gesamtösterreichische Ernüchterung durch die peinlichen neuen PISA-Resultate, dass sich aufgeklärte Captains of Industry wie Christoph Leitl, Klaus Raidl und Peter Mitterbauer, die ein genuines Interesse an der Mobilisierung des Begabungspotenzials nicht nur der Mittel- und Oberschicht, sondern auch der "Working Class" haben, aktiv in die Erneuerung des Bildungswesens einmischen - etwa dadurch, dass sie demonstrativ das Bildungsvolksbegehren ihres Kollegen Hannes Androsch unterstützen.

(Karl Heinz Gruber, DER STANDARD)

KARL HEINZ GRUBER lehrt Vergleichende Erziehungswissenschaft an der Universität Wien.

<http://derstandard.at/1289609467293/Kommentar-der-Anderen-Eine-vorhersehbare-oesterreichische-Blamage>

OTS0181 II, CI 03.12.2010 13:12:35

Bildungsministerin Claudia Schmied: Mehr Verantwortung am Schulstandort - Gesetzesnovellen gehen in Begutachtung

"Mit der Stärkung der Verantwortung am Schulstandort und der Präzisierung des Schulleitungsprofils wollen wir die Steuerung des österreichischen Schulwesens neu ausrichten und einen Paradigmenwechsel von der Verordnungskultur zur Verantwortungskultur einleiten", betont Bildungsministerin Dr. Claudia Schmied. "Die Novelle zum Schulunterrichtsgesetz ist der nächste wichtige Schritt in diese Richtung. Damit setzen wir die begonnen Reformen im Bildungswesen für mehr Qualität und Chancengerechtigkeit entschlossen fort", so die Ministerin weiter, die heute zwei Gesetzesnovellen in Begutachtung schickt:

- Stärkung der Schulleiterprofile (Novelle zum Schulunterrichtsgesetz, SchUG)
- Mitverwendung von Landeslehrern im Bundesdienst (Novelle zum Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz)

Qualitätssicherung des Schulwesens durch deutlichere Definition der Funktion der Schulleitung (Novelle zum Schulunterrichtsgesetz, SchUG)

Um Österreichs Schulen zur internationalen Spitze zu führen, ist ein umfassendes Qualitätsbewusstsein auf allen Ebenen wichtig. Entscheidend für den Erfolg der Schulen, das zeigen internationale Studien, ist eine ausgeprägte Verantwortungskultur am Schulstandort. Die Präzisierung des Schulleitungsprofils ist dabei ein wichtiger Ausgangspunkt. SchulleiterInnen haben eine wichtige Vorbildfunktion und hohe, vor allem pädagogische Verantwortung.

Mit der Novelle zum Schulunterrichtsgesetz (§ 56) soll die Funktion der Schulleitung deutlicher definiert werden. Als zentrale Aufgabenbereiche der SchulleiterInnen sind folgende Bereiche genannt: Leitung und Schulmanagement, Qualitätsmanagement, Schul- und Unterrichtsentwicklung, Führung- und Personalentwicklung und die Pflege von Außenbeziehungen mit allen im Schulprozess involvierten Personen, vor allem mit den Schulpartnern. Auf Feedback-Kultur soll besonders geachtet werden.

Mitverwendung von Landeslehrern im Bundesdienst (Novelle zum Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz)

Diese Gesetzesänderung soll die schulartübergreifende Verwendung von Landeslehrkräften im Bereich der mittleren und höheren Schulen und einen punktuell sinnvollen Einsatz von BerufsschullehrerInnen des fachpraktischen Unterrichtes an Bundesschulen sowie die Verwendung von Landeslehrkräften der mittleren und höheren Schulen im Rahmen des Projekts Neue Mittelschule ermöglichen. Die Übereinkunft der Dienstbehörden des Bundes und des Landes ist dafür Voraussetzung.

Rückfragehinweis: Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur, Mag. Sigrid Wilhelm Pressesprecherin Tel.: +43-1-53120-5030
<mailto:sigrid.wilhelm@bmukk.gv.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/4920/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM

Gesetze Bundesländer

Bundeskanzleramt RIS
Informationsangebote

Schafft den Bundesrat ab! Eine Institution, die bisher niemandem aufgefallen ist, würde auch niemandem abgehen.

MARTIN FRITZL (Die Presse)

Es gibt tatsächlich Parallelgesellschaften in diesem Land: Niemand sonst hat ein ähnliches Verständnis von der Wichtigkeit des Bundesrates wie jene 62 Bundesräte, die sich am Donnerstag gegenseitig von ihrer Wichtigkeit überzeugt haben. Dabei hat die Länderkammer des Parlaments eine überschaubare Funktion: Sie kann Gesetze um wenige Wochen verzögern. Das Einzige, bei dem Bundesräte ein Veto einlegen können, wäre die Abschaffung des Bundesrats.

Bevor jetzt krampfhaft versucht wird, den Bundesrat aufzuwerten, sollte man ihn im Zuge der viel diskutierten Verfassungsreform lieber einfach ersatzlos streichen. Eine Institution, die bisher niemandem aufgefallen ist, würde auch niemandem abgehen.

Und was wird dann mit der Vertretung der Länderinteressen? Die können getrost die Nationalratsabgeordneten übernehmen. Das haben sie ja auch bisher schon sehr effizient gemacht.

martin.fritzl@diepresse.com

("Die Presse", Print-Ausgabe, 03.12.2010)

<http://diepresse.com/home/meinung/kommentare/615345/Schafft-den-Bundesrat-ab?from=newsletter>

Die blockierte Republik: Warum große Reformen bei uns scheitern

ULRICH BRUNNER (Die Presse)

Die Regierung ist an der Macht, regiert aber nicht. Bundesländer und Gewerkschaften verhindern jede nachhaltige Strukturreform.

Österreichs Regierung ist an der Macht, regiert aber nicht. Macht ist nach einer häufig gebrauchten Definition die Summe von Mitteln und Fähigkeiten, den eigenen Willen auch gegen Widerstände durchzusetzen. Davon war bei der Steuerreform nichts zu bemerken.

Wer schon beim geringsten Widerstand in die Knie geht, übt die Macht nicht so aus, wie das im Interesse des Gesamtwohls notwendig wäre. Wenn eine demokratisch legitimierte Führung ihre Macht nicht ausübt, so läuft das nach dem Historiker A. J. Toynbee de facto auf Machtmissbrauch hinaus.

Zwei annähernd gleich starke Parteien sind natürlich keine gute Voraussetzung für das Funktionieren einer Koalition. Bei einer Regierung mit einem großen und einem kleinen Partner stellt sich nie die Frage, wer nach der nächsten Wahl der erste ist. Bei zwei gleich starken Parteien steht das permanent im Raum. Argwöhnisch wird daher darauf geachtet, dem anderen auch nicht den kleinsten Vorteil zu gönnen. Das führt zu gegenseitiger Blockade.

Hacklerpension, Studiengebühren, Ganztagschule, Gesamtschule, Verwaltungsreform, Gesundheitsreform – in allen wichtigen Fragen ist kein Einvernehmen möglich, weil SPÖ oder ÖVP nur ihre Klientel im Auge haben und nicht das Staatswohl. Da, wo die Regierung einig wäre, legen sich die Länder quer, in anderen Fragen die Gewerkschaften. Nichts geht mehr.

Die watschelnde Macht

Für die Republik Österreich gilt dann ein Wort von H. M. Enzensberger: „Auf immer kürzer werdenden Beinen watschelt die Macht in die Zukunft.“

So wie die Dinge derzeit liegen, kann die Angst von SPÖ und ÖVP, dass der jeweils andere stärker werden könnte, freilich einen lachenden Dritten hervorbringen: die FPÖ als stärkste Partei nach der nächsten Wahl. Auch eine mutigere Regierung hätte natürlich Mühe, alles Wünschenswerte durchzusetzen, zum Beispiel bei der Verwaltungsreform, wo die Blockade zwischen Bund und Ländern vollkommen ist.

Österreich ist verwaltungstechnisch ja eine Fehlkonstruktion. Die Bundesregierung nimmt das Geld ein, die Länder geben es aus, und zwar ziemlich freigebig. Der Bund hat praktisch keine Handhabe, die Länder einzubremsen. Sonst wäre es nicht möglich, dass Kärnten, das Bundesland mit der höchsten Verschuldung, jedem Landesbürger 150 Euro bar als Sonderzahlung in die Hand drückt.

Auch die großzügigen Pensionsregelungen für Landesbeamte in einigen Bundesländern kann der Bund nicht beeinflussen. Offensichtlich waren die Finanzminister der letzten Jahre bei der Aufteilung der Steuergelder im Finanzausgleich viel zu großzügig zu den Ländern. Dafür spricht auch die üppige Parteienförderung in den Ländern, die insgesamt zu einer der höchsten Parteienförderungen weltweit führt.

Die Bundesregierung braucht in der Regel maximal ein Dutzend Minister zum Regieren Österreichs, die Bundesländer brauchen 77 Landesräte mit einem (Fast-)Ministiergehalt zum Verwalten ihrer Länder. Von diesen Landesräten haben einige fast keine Kompetenzen. Als vor Jahren der FPÖ im Burgenland wegen des Proporzsystems ein Landesrat zustand, speisten ihn SPÖ und ÖVP mit den Kompetenzen für das Seilbahnwesen ab – im Burgenland gibt es drei Schlepplifte. Ähnliche Beispiele gibt es auch in anderen Bundesländern.

448 Landtagsabgeordnete werden zu meist nicht mehr als fünf Sitzungen im Jahr einberufen, erfahren dort vom Klubobmann, wo sie zustimmen müssen und widmen sich dann wieder ihrer Parteiarbeit im Bezirk. Sie sind im Wesentlichen von der öffentlichen Hand bezahlte Parteiangestellte. Das Mindeste, was man von den Ländern verlangen kann, wäre eine Reduktion der Zahl der Landesräte und Landtagsabgeordneten.

Führungspersönlichkeiten fehlen

Auf Bundesebene fehlen vor allem glaubhafte Führungspersönlichkeiten. Eingedenk seiner Tätigkeit als Wiener Stadtrat durfte man das von Werner Faymann nicht erwarten. Josef Pröll startete dagegen mit Vorschusslorbeeren, wurde aber in den letzten Wochen ziemlich entzaubert. Onkel Erwin Pröll hat da einen gehörigen Anteil. Der ÖVP-Obmann wurde von den vier ÖVP-Landeshauptleuten in der Frage der Zuständigkeit der Lehrer regelrecht vorgeführt. Josef Pröll konnte in der Steuerreform auch nie glaubhaft vermitteln, dass die Belastungen ausgewogen waren.

In der Debatte der letzten Wochen gab es allerdings einige Lichtblicke. Salzburgs Landeshauptfrau Gaby Burgstaller gehört dazu ebenso wie WKO-Präsident Leitl. Auch der steirische Landeshauptmann Voves ließ in seiner Begründung für das harte Sparprogramm in der grünen Mark aufhorchen, als er sagte: „Wir haben jahrelang über unsere Verhältnisse gelebt!“ So einen Satz hörte man aus der Bundesregierung nicht.

Das Mittelmaß dominiert

Das eigentlich Bedrückende an der Situation in Österreich ist, dass es keine glaubwürdige Alternative zu den jetzigen Regierungsparteien gibt. FPÖ/BZÖ haben zuletzt in Regierungsverantwortung bewiesen, dass einige aus ihrem Umfeld diese vor allem als Chance zur persönlichen Bereicherung gesehen haben – abgesehen davon, dass einige Exponenten der FPÖ nur knapp am Verbotsgesetz vorbeischrannen.

Über eine Regierungsbeteiligung der Grünen muss man sich nicht den Kopf zerbrechen. Bei der jetzigen Schwäche von SPÖ und ÖVP hätte weder Rot-Grün noch Schwarz-Grün eine Mehrheit.

Alle Parteien haben ein Rekrutierungsproblem bei den Funktionären. Es gibt zwar genug, aber es dominiert das Mittelmaß. Das birgt die Gefahr,

dass sich die Wähler abwenden und politische Abstinenz üben, nicht mehr wählen gehen. Wozu das führt, hat Max Frisch so formuliert: „Die größte Strafe für alle, die sich nicht für Politik interessieren, besteht darin, dass sie von Leuten regiert werden, die sich für Politik interessieren.“

Es bleibt das politische Engagement außerhalb der Parteien. Eine massive Unterstützung des Bildungsvolksbegehrens von Hannes Androsch wäre gewissermaßen ein außerparlamentarischer Notschrei. Das Engagement von Böhler-Uddeholm-Chef Claus Raidl für ein Volksbegehren zur Einschränkung der Länderkompetenzen verdient ebenfalls Unterstützung.

„Nichts darf sich verändern!“

Wie viel Erfolg diese Volksbegehren haben, muss offen bleiben. Eine grundlegende Reform der Verwaltung, des Pensions- und Gesundheitssystems ist in Österreich wahrscheinlich nur nach einem Krieg oder einer Naturkatastrophe möglich. Ein Krieg ist nicht in Sicht, ein Tsunami auch nicht.

Allenfalls fliegt das Atomkraftwerk Bohunice in die Luft und macht Ostösterreich unbewohnbar. Landeshauptleute, Gewerkschafter und Pensionistenvertreter würden wahrscheinlich selbst in Todesgefahr noch röcheln: „Es darf nichts verändert werden. Es gilt der Vertrauensschutz!“

E-Mails an: debatte@diepresse.com

http://diepresse.com/home/meinung/gastkommentar/615715/Die-blockierte-Republik_Warum-grosse-Reformen-bei-uns-scheitern

BURGENLAND



Burgenland: www.burgenland.at

Meldungen: keine

KÄRNTEN



Kärnten: www.ktn.gv.at

Meldungen: keine

NIEDERÖSTERREICH



Niederösterreich: www.noel.gv.at

Meldungen: keine

OBERÖSTERREICH



Oberösterreich: www.ooe.gv.at

Meldungen:

Tagesmütter: Ex-Geschäftsführerin zahlt Strafe und bleibt unbescholten

nachrichten.at

Das Landesgericht Steyr war am Donnerstag Schauplatz eines Prozesses wegen Untreue beim Verein Tagesmütter Kremstal. Bild: Stögmüller STEYR. ...

SALZBURG



Salzburg: www.salzburg.gv.at

Meldungen:

"Einhaltung von Verträgen muss von uns leider eingemahnt werden"

derStandard.at

Sausgruber: Beim Bund vor allem den Pensionsbereich, bei den Ländern und Gemeinden sind es der Bereich der Pflege, der Bereich der Frühpädagogik und der ...

Der Geist der Vernunft

Zuletzt gab es Hoffnung - und sie kam aus Salzburg. Landeshauptfrau Gabi Burgstaller und Landeshauptmann-Stellvertreter Wilfried Haslauer profilierten sich in ihren Parteien als Tabubrecher.

Die SPÖ-Chefin tat dies mit einem Aufruf, „aus dem Machteck“ zu kommen und endlich eine Verwaltungsreform anzugehen, auch wenn dies den Verlust von Pfründen bedeute. Der ÖVP-Obmann forderte die schwarze Betonfraktion in der Bildungspolitik auf, sich „nicht in ideologischen Gräben einzumauern“.

Nun möchte man meinen, Vernunft und kritische Selbstreflexion seien eine Selbstverständlichkeit für Entscheidungsträger. Weil in der heimischen Innenpolitik aber täglich das glatte Gegenteil zu erleben ist, fielen Burgstaller und Haslauer umso angenehmer auf. Sie können sich noch übertreffen: wenn sie den Geist der Vernunft auch in der Koalition in Salzburg wehen ließen.

<http://mein.salzburg.com/blog/standpunkt/2010/12/der-geist-der-vernunft.html>

STEIERMARK



Steiermark: www.steiermark.at

Meldungen: keine

TIROL



Tirol: www.tirol.gv.at

Meldungen: keine

VORARLBERG



Vorarlberg: www.vorarlberg.at

Meldungen:

Positive Bilanz über IBK-Vorsitz gezogen

ORF.at

"Es konnten wertvolle Impulse für das Miteinander im Bodenseeraum gegeben werden, insbesondere in den Bereichen Bildung, Jugend und Nachhaltigkeit", ...

WIEN



Wien: www.wien.gv.at

Meldungen: keine

ELEMENTARPÄDAGOGIK

Förderungsmöglichkeiten

Ohne Reform der Elementarpädagogik wird sich an den Ergebnissen der PISA ...

Live-PR.com (Pressemitteilung)

Denn ohne Reform der Elementarpädagogik wird sich bei den Ergebnissen künftiger PISA-Studien nicht viel ändern. Es ist wissenschaftlich unbestritten, ...

Plattform EduCare unterstützt Bildungsvolksbegehren!

imzoom.info

In den aktuellen Ausführungen zum Start Ihres Bildungsvolksbegehrens fehlt jedoch noch die konkrete Nennung der Elementarpädagogik. ...

Qualitätsoffensive im Elementarbildungsbereich unverzichtbar.

Live-PR.com (Pressemitteilung)

... ist gemeinsam mit ihren Kolleginnen Heinisch-Hosek, Karl und Schmied gefordert – und könnte die Geschichte der Elementarpädagogik wesentlich formen!

→ Siehe auch: [AUFRUF](#)

ELTERN

Die Angst der Eltern vor dem Nikolaus

DiePresse.com

Eine Koalition aus ängstlichen Eltern und übervorsichtigen Pädagogen fürchtet, dass sich Kinder vor einem Besuch des Heiligen mit dem weißen Bart fürchten ...

INKLUSION, INKLUSIVE PÄDAGOGIK, BEHINDERUNG

Novelle zum Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz – menschenverachtend! - Mit der Novelle zum Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz (BGStG), die mit 1. Jänner 2011 in Kraft treten soll, verabschiedet sich die Bundesregierung endgültig vom ambitionierten Vorhaben ihrer Vorgänger, Menschen mit Behinderungen Barrieren aus dem Weg räumen zu wollen.

Der Text zur geplanten BGStG-Novelle liest sich nun so: „Alle Bundesministerien, der Präsident bzw. die Präsidentin des Verfassungsgerichtshofes, des Verwaltungsgerichtshofes, des Rechnungshofes, des Nationalrates und des Bundesrates sowie die Volksanwaltschaft haben den für ihren Zuständigkeitsbereich bis 31. Dezember 2010 erstellten Teiletappenplan auf ihrer Homepage kundzumachen. Wenn der Teiletappenplan kundgemacht ist, liegt eine mittelbare Diskriminierung im Sinne des § 5 Abs. 2 wegen baulicher Barrieren in vom Bund genutzten Gebäuden nur vor, soweit die Beseitigung der Barrieren in diesem Teiletappenplan vorgesehen ist und bis zum 31. Dezember 2019 noch nicht umgesetzt wurde.“

„Entgegen anderslautender Jubelmeldungen vor einigen Tagen steht's nun fest. Mit dieser Novelle verlängert die Bundesregierung die Umsetzung der Verpflichtung zum Barrierenabbau nicht nur endgültig bis 2020, sondern schafft sich noch ein weiteres Hintertürchen für Grauslichkeiten“ stellt Eduard Riha, Experte für Barrierefreiheit der ÖAR, fest und erklärt: „Die nun in den Teiletappenplänen festgelegten Maßnahmen kann bis zum Ende dieses Jahres, wie im Gesetz vorgesehen, kein Mensch – sofern er redlich ist – auf ihre Stimmigkeit überprüfen. Finden sich in diesen Dokumenten erst später Mängel, dann zeigt der Gesetzgeber den behinderten Menschen die lange Nase. Ist nämlich die Beseitigung einer Barriere im Teiletappenplan nicht vorgesehen – gleichviel ob das absichtlich oder irrtümlich geschah – dann ist ihr reales Vorhandensein keine mittelbare Diskriminierung mehr, ihre Beseitigung kann nicht mehr verlangt werden. Je nach Position kann man das nun als listig oder widerlich bewerten – eine menschenverachtende Haltung ist das allemal.“

Rückfragen: Dr. Irmgard Bauer, Tel.: 01 5131533-116

bauer.presse@oear.or.at

Die Österreichische Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (ÖAR) vertritt als Dachorganisation der Behindertenverbände Österreichs 78 Mitgliedsvereine mit insgesamt mehr als 400.000 Mitgliedern. Das Aufgabengebiet der ÖAR ist vielfältig und reicht vom Mitgestalten behindertenrelevanter Themen bis zu umfassenden Serviceleistungen für ihre Mitglieder. Die ÖAR ist parteipolitisch unabhängig und religiös neutral. Mehr Information: www.oear.or.at.

Von der Integration zur Inklusion Mireille Meyer

Luxemburger Wort

Schlüsselwörter wie Würde, Inklusion, Teilhabe, Selbstbestimmung, Chancengleichheit und Barrierefreiheit stehen in der Konvention zu lesen. ...

[Internationaler Tag der Menschen mit Behinderung](#) HWelt

[Miteinander Leben](#) Märkische Allgemeine

[derStandard.at](#)

[Alle 23 Artikel](#)

PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULEN, UNIVERSITÄTEN

Übersicht

Inskription

Euregio: Zusammenarbeit in der Aus- und Fortbildung der Lehrpersonen

[Autonome Provinz Bozen \(Pressemitteilung\)](#)

Wichtige Ansprechpartner sind dabei die Aus- und Fortbildungsstätten für Lehrpersonen: die Pädagogische Hochschule Tirol, die Fortbildungszentren in ...

PARLAMENTSMELDUNGEN

Die Parlamentswoche vom 6. 12. - 10. 12. 2010

Montag, 6. Dezember

17.00 Uhr Nationalratspräsidentin Barbara Prammer lädt gemeinsam mit dem Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte (BIM) zum Round Table "Grundrechtecharta und EU-Agentur für Grundrechte – Was bedeuten sie für Österreich?" und hält eine Begrüßungsrede. Um Anmeldung unter veranstaltungen12@parlament.gv.at wird gebeten (Abgeordneten-Sprechzimmer des Parlaments).

Kurzreferate sind von Hannes Tretter (Ludwig Boltzmann Institut), Meinrad Handstanger (Verwaltungsgerichtshof), Barbara Liegl (Ludwig Boltzmann Institut) und Waltraud Kotschy (Datenschutzbeauftragte des Europarats) vorgesehen. Dazu sind Stellungnahmen der Justiz- und MenschenrechtssprecherInnen der Parlamentsparteien geplant. Moderiert wird die Veranstaltung von Maria Wittmann-Tiwald (Richterin am OLG Wien).

Freitag, 10. Dezember

13 Uhr : Der [Budgetausschuss](#) nimmt das Kapitel [Bundeskanzleramt](#) in Verhandlung. Darunter fallen auch die Budgets für den öffentlichen Dienst sowie für die Frauenpolitik.

HINWEIS: Die in der "Parlamentswoche" angeführten Veranstaltungen sind grundsätzlich nicht öffentlich, Teilnehmerinnen und Teilnehmer benötigen eine Einladung. Journalistinnen und Journalisten benötigen für eine Teilnahme einen JournalistInnenausweis bzw. eine Akkreditierung als ParlamentsjournalistInnen.

http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2010/PK0979/index.shtml

PLATTFORM EDUCARE

Selbstverständnis

Forderungen

Mitglieder

Presse-
Aussendungen

→ **Siehe auch: AUFRUF**

→ **Siehe auch: <http://www.plattform-educare.org/Informationsdienst.htm#E-Mail-Aktion-Bundesrahmengesetz>**

→ **Siehe auch: <http://www.plattform-educare.org/Informationsdienst.htm#Schreiben>**

SPRACHE, SPRACHENTWICKLUNG, SPRACHFÖRDERUNG

Deutsch als Schlüssel zur Bildung

[Kurier](#)

"Die Sprache ist der Schlüssel zur Bildung", bestätigt Amir-Mokri. "Wenn man Kindern eine Chance und Unterstützung gibt, bringt das so viel, besonders in ...

VERWALTUNGSREFORM

Sparpotenziale der Republik

[Salzburger Nachrichten](#)

Am Beginn jeder Verwaltungsreform, sagt Fiedler, müsse die Frage stehen: Welche Aufgaben muss der Staat im 21. Jahrhundert noch selbst erfüllen, ...

"Thema verfehlt, Nicht genügend, setzen"

[DiePresse.com](#)

Mussten Sie lachen, als Finanzminister Pröll meinte: „Alle reden von der Verwaltungsreform, wir leben sie“? Ich glaube, dass die Reform im Inneren des Josef ...

Der Geist der Vernunft

[Salzburger Nachrichten](#)

Die SPÖ-Chefin tat dies mit einem Aufruf, „aus dem Machteck“ zu kommen und endlich eine Verwaltungsreform anzugehen, auch wenn dies den Verlust von Pfründen ...

IMPRESSUM UND HINWEISE

Plattform EduCare

Postadresse:

Krausegasse 7a/10
1110 Wien
ÖSTERREICH

Telefon: +43 (664) 73592265

Faxnummer: +43 (1) 7485469

Skype: [Add me to Skype](#)

E-Mail: Informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Diese Mitteilungen haben ausschließlich Informationscharakter.

Die Plattform EduCare übernimmt daher keine Gewähr für Richtigkeit, Genauigkeit und Qualität der bereitgestellten Information. Eine Identifikation mit den Inhalten kann aus der Veröffentlichung nicht geschlossen werden, wir schließen jegliche Verantwortung für diese Zitierungen und die darin enthaltenen Inhalte aus.

→ Diese Übersicht ergeht zur Information fallweise auch an in einzelnen Meldungen angeführte E-Mail-Adressen ←

Schicken Sie uns Meldungen, die Sie anderen Mitgliedern zugänglich machen wollen

Verwenden Sie hierfür die E-Mail-Adresse: Informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Schreiben Sie uns Informationen, die Sie hier nicht finden, die aber für die Arbeit der Plattform EduCare wichtig sein könnten

Wir verarbeiten sie streng vertraulich: Informationspool@Plattform-EduCare.org

Änderungen zu diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer bisherigen E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist, und Ihrem Änderungswunsch (zum Beispiel: neue E-Mail-Adresse).

Abmeldung von diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist.

Anregungen zu Stellungnahmen

Sollten Sie der Meinung sein, die Plattform EduCare sollte zu einem bestimmten Thema Stellung beziehen, schreiben Sie bitte Ihre diesbezüglichen Anregungen in einer [Mail](#) an uns – danket!

Mitteilung von Adressen, die unseren kostenlosen „Informationsdienst“ erhalten sollen

Sie möchten anderen Teilnehmern dieses kostenlosen Services eine Information zukommen lassen: bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit den entsprechenden Angaben.